

61101

Anlage

(Name und Anschrift des Antragstellers)

An .....  
 (Bezeichnung und Anschrift des Arbeitgebers) 1

**Antrag auf vermögenswirksame Anlage von Teilen des Arbeitslohns  
 nach § 4 des Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer  
 — 2. VermBG — (BGBl. 1965 Teil I S. 585)**

1. Ich beantrage

- von meinen Bezügen für den Monat ..... 196... einmalig ..... DM —
  - jeweils von meinen Bezügen für den Monat ..... jährlich ..... DM —
  - erstmalig von meinen Bezügen für den Monat ..... 196... monatlich  
 gleichbleibend ..... DM —<sup>1)</sup>2)
- vermögenswirksam** anzulegen.

2. Als **Anlageform**<sup>3)</sup> wähle ich

a) die Anlage nach dem Spar-Prämienengesetz

- auf Grund eines allgemeinen Sparvertrags —
  - auf Grund eines Sparvertrags mit festgelegten Sparraten —
  - durch Erwerb und Festlegung von Wertpapieren —<sup>1)</sup>
- und bitte, die oben bezeichneten Teile meiner Bezüge auf das Konto Nr. ....  
 beider..... zu überweisen.<sup>4)</sup>  
 (Bezeichnung und Anschrift des Kreditinstituts)

b) die Anlage nach dem Wohnungsbau-Prämienengesetz

- auf Grund eines Bausparvertrags —
  - auf Grund eines Wohnbau-Sparvertrags —
  - auf Grund eines Kapitalansammlungsvertrags mit einem Wohnungs- und Siedlungsunternehmen oder Organ der staatlichen Wohnungspolitik —
  - durch den ersten Erwerb von Anteilen an einer Bau- und Wohnungsgenossenschaft —<sup>1)</sup>
- und bitte, die oben bezeichneten Teile meiner Bezüge unter Angabe der Bauspar-/  
 Konto-<sup>1)</sup> Nr. .... an .....  
 (Bezeichnung und Anschrift der Bausparkasse / des  
 ..... zu überweisen.<sup>4)</sup>  
 Kreditinstituts usw.)

c) die Verwendung für den Bau, den Erwerb oder die Entschuldung eines Eigenheims, eines Kaufeigenheims, einer Kleinsiedlung oder einer eigengenutzten Eigentumswohnung im Sinne des Ersten oder Zweiten Wohnungsbaugesetzes (nach 1950 erbaut).  
 Es handelt sich um eine Leistung auf die Baukosten — auf den Kaufpreis — zur Tilgung und Verzinsung eines Baudarlehns (z. B. Hypotheken — oder Grundschattdar-

61101

lehns) —<sup>1)</sup> — eines Eigenheims — eines Kaufeigenheims — einer Kleinsiedlung — einer eigengenutzten Eigentumswohnung —<sup>1)</sup>

in .....-Straße Nr. .... eingetragen auf den

Namen von ..... im Grundbuch von .....

Band ..... Blatt ..... Ich bitte **daher**, die oben bezeichneten Teile meiner Bezüge

— an mich auszuzahlen —

— zu Gunsten der/des ..... auf deren/dessen  
(Bezeichnung und Anschrift des Gläubigers)

Konto Nr. .... bei der ..... zu überweisen —<sup>1)</sup>  
Ich verpflichte mich, durch Vorlage von **Urkunden**<sup>5)</sup> nachzuweisen, daß die Leistung vermögenswirksam zum Bau, zum Erwerb oder zur Entschuldung meines **öffentlich geförderten oder steuerbegünstigten Eigenheims**<sup>6)</sup> usw. im Sinne des Ersten oder Zweiten Wohnungsbaugesetzes verwendet worden **ist**.<sup>7)</sup>

....., den ..... 19.....

(Unterschrift)

#### Anmerkungen

- <sup>1)</sup> Nichtzutreffendes streichen.
- <sup>2)</sup> Nach § 4 Abs. 2 des 2. VermBG kann die Anlage nur entweder in monatlichen der Höhe nach gleichbleibenden Beträgen von mindestens 10 DM oder einmal im Kalenderjahr in Höhe eines Betrages von mindestens 60 DM verlangt werden. Steuer- und sozialabgabenfrei sind höchstens 312 DM im **Kalenderjahr** (bei drei oder mehr Kindern, für die ein Kinderfreibetrag gewährt wird, 468 DM).
- <sup>3)</sup> - Neben den zu a) bis c) **aufgeführten** Anlageformen werden durch das 2. VermBG unter bestimmten Voraussetzungen noch zwei weitere Anlagemöglichkeiten begünstigt, nämlich der Erwerb von eigenen Aktien des Arbeitgebers und die Begründung von **Darlehnsforderungen** gegen den Arbeitgeber. Wegen ihres beschränkten Anwendungsbereichs wurden diese Möglichkeiten hier nicht berücksichtigt.
- <sup>4)</sup> Das Unternehmen oder Institut hat dem Arbeitgeber die Art und Dauer der Anlage zu bestätigen. Erhält der Arbeitgeber diese Bestätigung nicht, so müssen die Steuer- und sozialabgabenfrei **überwiesenen** Beträge nachträglich zur Lohn- und Kirchensteuer und zu **Sozialversicherungsbeiträgen** herangezogen werden.
- <sup>5)</sup> Z. B. Quittung des Bauunternehmers, Handwerkers oder Hypothekengläubigers.
- <sup>6)</sup> Der Nachweis, daß es sich um eine öffentlich geförderte oder steuerbegünstigte Wohnung **handelt**, kann durch Vorlage des Grundsteuermeßbescheides erbracht werden, aus dem sich ergibt, daß wegen der neugeschaffenen Wohnung eine Grundsteuervergünstigung auf die Dauer von 10 Jahren gewährt wird. Ist das Grundstück in dem **Grundsteuermeßbescheid** als **Mietwohngrundstück** bezeichnet, so hat der Antragsteller zum Nachweis dafür, daß es sich um ein Eigenheim handelt, die Erklärung abzugeben, daß das Mietwohngrundstück nur 2 Wohnungen enthält und eine davon zum Bewohnen durch ihn oder seine Angehörigen bestimmt ist. Ist der Antragsteller noch nicht im Besitz des Grundsteuermeßbescheides, kann er den erforderlichen Nachweis durch Vorlage eines von der in dem betreffenden Land zuständigen Behörde ausgestellten Bescheids über die Bewilligung von öffentlichen Mitteln oder über die Anerkennung der Steuervergünstigung **für** diese Wohnung führen.
- <sup>7)</sup> **Unterbleibt** der Nachweis, so werden die Steuer- und sozialabgabenfrei ausgezahlten Beträge nachträglich zur Lohn- und **Kirchensteuer** und zu Sozialversicherungsbeiträgen herangezogen.